

Lauterbach zur Digitalisierung

„So werden neue Märkte eröffnet“

Geht es bei der Nutzung von Gesundheitsdaten wirklich um eine bessere Versorgung und das Wohl der Patienten – oder doch eher um Interessen der Industrie? Eine Pressekonferenz von Digitalminister Volker Wissing und Gesundheitsminister Karl Lauterbach wirft Fragen auf.



Wissing und Lauterbach gaben ein Update zur Digitalstrategie der Bundesregierung.

©Screenshot änd

„Digital muss das neue normal in Deutschland werden“, betonte Digitalminister Wissing am Dienstag in Berlin. Es brauche mehr rein digitale Strukturen; Deutschland müsse schneller werden bei der Digitalisierung. Er begrüße daher die Digitalisierungsstrategie des Bundesgesundheitsministers. „Bestehen Sie auf digitale Prozesse und setzen Sie sie auch gegen Widerstände durch“, gab er seinem Kabinettskollegen Lauterbach mit auf den Weg. Es brauche einen guten Ausgleich zwischen Regulierung und Innovationsfreundlichkeit.

Über Wirtschaft und Märkte statt über medizinische Versorgung sprach dann der Gesundheitsminister zunächst. Digitale Lösungen seien Voraussetzung für das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Beispiel KI-Entwicklung: 75 Prozent der Investitionen würden in den USA getätigt, gefolgt von 15 Prozent in China. In Deutschland seien es nur 1 bis 1,5 Prozent – „das ist zu wenig“. Das BMG unterstütze zwar mit 185 Millionen Euro viele KI-Projekte, „aber wir sind nicht ansatzweise da, wo wir sein

sollten“.

Deutschland habe den Anschluss verpasst. Das zeige sich etwa auch, wenn ein Unternehmen wie Biontech lieber in Großbritannien investiere als in Deutschland. Was in Deutschland fehle, sei eine gute Nutzbarkeit von Forschungsdaten. Unternehmen wie Biontech und Bayer müssten auch in Deutschland eine gute Perspektive haben, so Lauterbach. Und die sieht der Minister offenbar vor allem durch einen einfacheren Zugang zu mehr Daten.

KI wird Medizin revolutionieren

In der elektronischen Patientenakte sollen „alle Daten, die wir in der Versorgung erheben“ gesammelt werden – und für die Forschung nutzbar gemacht werden, betonte Lauterbach. Derzeit seien die Daten, wenn überhaupt, in „Silos“ und nicht nutzbar – auch aufgrund zu komplizierter Datenschutzregeln. Er wolle zwar „guten Datenschutz“, versicherte der BMG-Chef, aber einen „pragmatischen“, der nicht darin bestehe, dass Daten gar nicht erst erhoben oder genutzt würden.

„Es geht um viel“, betonte der Minister. „Um bessere Versorgung, aber auch um den Ausbau eines großen Wirtschaftsbereichs.“ 2026, so sein Plan, sollten über die Gesundheitsdatennutzungsplattform mindestens 300 Projekte laufen.

Die Weiterentwicklung von KI und deep learning würden die Medizin revolutionieren, ist Lauterbach überzeugt, und zwar nicht nur für Ärztinnen und Ärzte, sondern auch für die Patienten. So könne etwa ein Patient die Daten aus seiner ePA nutzen, um mit einem KI-System selbst eine Diagnose und Prognose zu erstellen. „Jeder wird das nutzen“, glaubt Lauterbach.

Und wenn Patienten mit seltenen Erkrankungen aus der Klinik zu ihrem Hausarzt kämen, könne der sie viel besser behandeln, wenn in der ePA alle Daten vorlägen. Da könne dann der „Arzt auf dem Land“ mit Hilfe von KI-Anwendungen „gucken, welche Therapie angezeigt ist“. Zudem könne er bei Problemen telemedizinisch mit Spezialisten oder dem Krankenhaus verbunden werden. „Das macht die Versorgung einfach viel besser“, glaubt Lauterbach. Digitalisierung sei „Basis einer modernen Medizin“. „So werden neue Märkte eröffnet und wir machen bessere Medizin möglich.“

Digitalisierungsstrategie kostete 750.000 Euro

Die Patientinnen und Patienten will Lauterbach mit einer Transparenzoffensive überzeugen, bei der der Nutzen der ePA deutlich gemacht werde. Wie teuer diese wird, ist noch unklar. Bekannt hingegen ist, wie viel die Digitalisierungsstrategie des BMG gekostet hat, die Lauterbach vor kurzem vorgestellt hat.

„Für die Unterstützung durch die externen Dienstleister, die Planung und Durchführung der Auftaktveranstaltung und der verschiedenen Beteiligungsformate sowie die Erstellung und den Druck des finalen Strategiedokuments wurden in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 insgesamt rund 750.500 Euro aufgewendet“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage.

Im Rahmen der Erarbeitungsprozesse der Digitalisierungsstrategie sind demnach auch Pharmaunternehmen einbezogen worden, neben Bayer auch Johnson & Johnson, Pfizer sowie „weitere Verbände aus dem Bereich der Pharmazeutischen Industrie“.

Das Digitalgesetz und das Gesundheitsdatennutzungsgesetz will Lauterbach parallel ins Parlament einbringen, und zwar „in den nächsten Wochen“.

25.04.2023 10:35, Autor: ks, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/222978>